

3. Die USA und die Weimarer Republik (1919 – 1933)

Durch den Zwang, Komplexität zu reduzieren, könnten zukünftige Historiker versucht sein, unser Saeculum das »amerikanische Jahrhundert« zu nennen. Das liberale, kapitalistische und marktwirtschaftliche Gesellschaftsmodell der USA, so könnte es im 21. Jahrhundert heißen, habe sich durch zwei gewonnene Weltkriege und einen gewonnenen Kalten Krieg in der industrialisierten Welt durchgesetzt. Der ungeheuren Dynamik dieses Modells seien weder Nationalsozialismus noch Faschismus noch Kommunismus gewachsen gewesen. Der teils manifeste, teils latente Weltbürgerkrieg dieses Jahrhunderts, der im Jahre 1917 begann, als Lenin und Wilson antagonistische Modelle für die ganze Welt verkündeten, und den man ab 1945 den Kalten Krieg zu nennen pflegte, sei Ende der achtziger Jahre durch den geistigen und materiellen Zusammenbruch einer Seite beendet worden. Die Zeitgenossen hätten das Unerwartete, nicht Vorhergesehene kaum fassen können: Der radikale Neuerer, geniale Konkursverwalter und Zauberlehrling Gorbatschow habe versucht, die Marktwirtschaft einzuführen, amerikanische Berater hätten sein Präsidentenamt nach Vorbild des Weißen Hauses reorganisiert und neben dem Roten Platz habe eine Hamburger-Kette marktwirtschaftliche Effizienz demonstriert.

In den USA sei zu dieser Zeit eine Debatte über das Ende der Geschichte ausgebrochen. Die USA hätten, so sei behauptet worden, nun ihre historische Mission erfüllt, die Geschichte als Entfaltungsprozess der Freiheit an ihr Ziel zu führen – *to make the world safe for democracy*. Die Revolutionen der Freiheit gegen kommunistische Diktaturen seien eine neue, vielleicht letzte Etappe auf der Stufenleiter des Fortschritts gewesen, im Selbstverständnis der amerikanischen Zivilreligion nur vergleichbar mit Moses, der mit den Geboten vom Berge kam, mit der Magna Charta, der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung und der amerikanischen Verfassung.

Allerdings sei, so könnten die Historiker des 21. Jahrhunderts hinzufügen, auf dem Höhepunkt der amerikanischen Macht zugleich der weltgeschichtliche Umschlag erfolgt. Die USA habe die gleiche Krankheit befallen wie zuvor die Reiche der Spanier, der Niederländer, Franzosen und Engländer – imperiale Überanstrengung. Die wirtschaftliche Verfassung des Landes habe die globale militärische Machtprojektion nicht länger verkraften können. Die Welt sei deshalb im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts wieder multipolar geworden. Das mittlere und westliche Europa habe seine Chance genutzt, während die Sowjetunion nicht aufgehört habe, in Anarchie und Bürgerkrieg zu versinken.

Selbstverständlich ist es unmöglich, die Totalität eines Jahrhunderts am Leitfaden eines einzigen Wirkungszusammenhangs zu interpretieren. Empirische historische

Erstveröffentlichung: Die USA und die Weimarer Republik, in: Heidelberger Jahrbücher 35 (1991), S. 27–34.

Erkenntnis ist immer partiell und perspektivisch. Dennoch ist die Hypothese vom »amerikanischen Jahrhundert« von erkenntnisfördernder Produktivität. Sie gestattet nicht nur, unser Jahrhundert am Leitfaden seiner vermutlich stärksten Potenz zu interpretieren, sondern auch die europäische Geschichte, die deutsche Geschichte und die deutsch-amerikanischen Beziehungen – über deren besondere Ausprägung während der Weimarer Republik ich sprechen werde – besser zu verstehen und zu erklären. Besonders die Deutschen tun gut daran, diese Perspektive unseres Jahrhunderts zu würdigen. Denn die Fehleinschätzung der Macht, Werte und Interessenlagen der angelsächsischen Seemächte, besonders der USA, durch große Teile der außenpolitischen Entscheidungselite des Deutschen Reiches von 1871 bis 1945 hat erheblich zu den Katastrophen der deutschen Geschichte dieses Jahrhunderts beigetragen – es sei nur an 1917 und 1941 erinnert.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen seit der Reichsgründung bis zur Gegenwart waren der Form nach ein dramatischer Wechsel von Krieg und Kooperation¹. Ihr wesentlicher Inhalt war der strategische, wirtschaftliche und ideell-moralische Widerstreit zwischen dem zweifachen Versuch des Deutschen Reiches nach Bismarck, seine halbhegemoniale Stellung in der Mitte Europas zu sprengen und Weltmacht unter Weltmächten zu werden; und der zweifachen Antwort der USA, dies zu verhindern und Deutschland in der Position eines demokratischen, nicht aggressiven, in eine liberale Wirtschaft integrierten, möglichst mit den USA verbundenen Mittelstaates zu halten. Deshalb haben die Amerikaner auch von allen westlichen Alliierten die wenigsten Probleme mit dem neu vereinten Deutschland. Es ist in vieler Hinsicht das Deutschland, das sich die Amerikaner seit 1848 immer gewünscht haben: auf sich allein gestellt, ist es weder zum Angriff noch zur Verteidigung fähig. Es hat mit den Grenzen seine Geographie gefunden. Zum ersten Male in ihrer Geschichte genießen die Deutschen Freiheit, Demokratie und Einheit. Deutschland garantiert als Rechtsstaat die liberalen Grundfreiheiten, besitzt eine föderale Struktur und hält am Prinzip der sozialen Marktwirtschaft fest.

Die deutsch-amerikanischen Beziehungen während der Weimarer Republik, die im Zentrum der preisgekrönten Dissertation von Manfred Berg² stehen, sind ein besonders komplexer Abschnitt in der Geschichte dieses bilateralen Verhältnisses.

1 Es gibt nur zwei, von Amerikanern verfasste Gesamtdarstellungen zur Geschichte der deutsch-amerikanischen Beziehungen von der Reichsgründung bis in die 70er Jahre dieses Jahrhunderts: Hans W. Gatzke, *Germany and the United States. A Special Relationship?* Cambridge und London 1980; Manfred Jonas, *The United States and Germany. A Diplomatic History*, Ithaca und London 1984. Anstelle der fehlenden deutschen Gesamtdarstellung können drei Sammelbände zu Rate gezogen werden; Manfred Knapp/Werner Link/Hans-Jürgen Schröder/Klaus Schwabe, *Die USA und Deutschland 1918–1975*, München 1978; Frank Trommler (Hg.), *Amerika und die Deutschen. Bestandsaufnahme einer 300jährigen Geschichte*, Opladen 1986, darin besonders die Beiträge über Außenpolitik von Doerries, Schwabe, Junker, Weinberg, Maier, Hermand, Hanrieder, Sommer und Stern; eine Serie von acht in Heidelberg 1984/85 gehaltenen Vorträgen über die deutsch-amerikanischen Beziehungen von 1890 bis 1985; Detlef Junker (Guest Editor), *Deutschland und die USA 1890–1985*, mit Beiträgen von Ambrosius, Czempiel, Görtemaker, Hillgruber, Jonas, Junker, Knapp, Link (Heidelberg American Studies Background Paper, No. 2, Bonn 1986). Die beste Analyse für die Zeit nach 1945 ist Wolfram F. Hanrieder, *Germany, America, Europe: Forty Years of German Foreign Policy*, New Haven u. a. 1989.

2 Manfred Berg, *Gustav Stresemann und die Vereinigten Staaten von Amerika. Weltwirtschaftliche Verflechtung und Revisionspolitik 1907–1929*, Baden-Baden 1990 (Nomos).

Der überragende Einfluss der USA auf die Weimarer Republik ist von Historikern in den fünfziger und sechziger Jahren zunächst unterschätzt worden und erst in den siebziger und achtziger Jahren von einer breiten internationalen Forschung, an der sich besonders Amerikaner, Franzosen und Deutsche beteiligt haben, angemessen herausgearbeitet worden. Es ist kein Zufall, sondern entspricht der inneren Dynamik dieses Erkenntnisfortschrittes, dass die schon seit dreißig Jahren angeforderte Monographie über die Stresemann'sche Amerikapolitik erst mit der Arbeit von Herrn Berg vorgelegt wurde³.

Die folgenden Ausführungen sollen sich in gebotener Kürze auf zwei Aspekte konzentrieren. Zunächst seien strukturelle Voraussetzungen und Elemente der amerikanischen Außenpolitik gegenüber der Weimarer Republik skizziert, dann die Hauptthese der Dissertation von Herrn Berg vorgestellt, dass die Vereinigten Staaten – nicht etwa Frankreich oder England – der Dreh- und Angelpunkt der erfolgreichen Revisionspolitik Stresemanns während seiner Amtszeit als deutscher Außenminister von 1923 bis 1929 waren.

Wie so oft in der amerikanischen Geschichte, führte 1919/1920 ein innenpolitischer Stimmungswandel zu tiefgreifenden Veränderungen in der US-Außenpolitik, in diesem Fall mit weitreichenden Konsequenzen für die internationale Politik der Zwischenweltkriegszeit⁴. Der amerikanische Senat lehnte es ab, die von Präsident

3 Zu Stresemanns England-, Frankreich- und Rußlandpolitik vgl.: Werner Weidenfeld, Die Englandpolitik Gustav Stresemanns, Mainz 1972; Michael-Olaf Maxelon, Stresemann und Frankreich 1914–1929, Düsseldorf 1972; Martin Walsdorff, Westorientierung und Ostpolitik. Stresemanns Rußlandpolitik in der Locarno-Ära, Bremen 1971. Wichtige Arbeiten zum Verhältnis von Deutschland und Amerika während der Weimarer Republik sind: Dieter Bruno Gescher, Die Vereinigten Staaten von Nordamerika und die Reparationen 1920–1924, Bonn 1956; Robert Gottwald, Die Deutsch-Amerikanischen Beziehungen in der Ära Stresemann, Berlin 1965; Carl-Ludwig Holtfrerich, Die deutsche Inflation, 1914–1923. Ursachen und Folgen in internationaler Perspektive, Berlin/New York 1980; Peter Krüger, Die Außenpolitik der Republik von Weimar, Darmstadt 1985; Werner Link, Die amerikanische Stabilisierungspolitik in Deutschland 1921–1932, Düsseldorf 1970; Karl-Heinrich Pohl, Weimars Wirtschaft und die Außenpolitik der Republik 1924–1926. Vom Dawes-Plan zum Internationalen Eisenpakt, Düsseldorf 1979; Klaus Schwabe, Deutsche Revolution und Wilson-Frieden, Düsseldorf 1971; Eckhard Wandel, Die Bedeutung der Vereinigten Staaten von Amerika für das deutsche Reparationsproblem 1924–9, Tübingen 1971; Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24–1931, Frankfurt/M 1984; Gerd Bardach, Weltmarktorientierung und relative Stagnation. Währungspolitik in Deutschland 1924–1931, Berlin 1976; Zur angelsächsischen Literatur vgl. Derek H. Aldcroft, Die Zwanziger Jahre. Von Versailles zur Wall Street, 1919–1929, München 1978 (aus dem Engl.); Lloyd E. Ambrosius, The United States and the Weimar Republic: America's Response to the German Problem, in: Jules Davids (Ed.), Perspectives in American Diplomacy, New York 1976, Arno Press; John Braeman, American Foreign Policy in the Age of Normalcy, in: Amerikastudien/American Studies 26 (1981) 2, S. 125–158; Frank C. Costigliola, Awkward Dominion. American Political Economic and Cultural Relations with Europe, 1919–1933, Ithaca and London 1984, Cornell University Press; Jon Jacobsen, Locarno Diplomacy. Germany and the West, Princeton 1972; Melvyn P. Leffler, The Elusive Quest. America's Pursuit of European Stability and French Security 1919–1933, Chapel Hill 1979; Sally Marks, The Illusion of Peace. International Relations in Europe 1918–1933, London 1981; William C. McNeil, American Money and the Weimar Republic. Economics and Politics in the Era of the Great Depression, New York 1986, Columbia Univ. Press; Stephen A. Schuker, The End of French Predominance in Europe. The Financial Crisis of 1924 and the Adoption of the Dawes Plan, Chapel Hill 1976; Marc Trachtenberg, Reparation in World Politics. France and European Economic Diplomacy, 1916–1923, New York 1980.

4 Die folgenden Bemerkungen stützen sich auf: Detlef Junker, Der unteilbare Weltmarkt. Das ökonomische Interesse in der Außenpolitik der USA 1933–1941, Stuttgart 1975; ders., Die Außenpolitik der

Wilson in Versailles ausgehandelte Völkerbundssatzung und damit den Versailler Vertrag insgesamt zu ratifizieren. An die Stelle des zusammengebrochenen Gleichgewichtssystems der europäischen Mächte trat damit nicht, wie es Wilson gewollt hatte, ein neues und besseres System der kollektiven Sicherheit, sondern ein amputierter Völkerbund, in dem die Sowjetunion, Deutschland und die USA fehlten. Ebenso folgenreich für Deutschland, Frankreich und Europa insgesamt war die gleichzeitige Weigerung des amerikanischen Senats, einen amerikanisch-französischen Bündnisvertrag überhaupt zu diskutieren, womit auch die britische Zusage an Frankreich hinfällig wurde. Der Kalte Krieg zwischen Frankreich und Deutschland von 1919 bis 1922, der 1923 zum Ruhreinmarsch führte, resultierte nicht zuletzt aus dieser Schwäche des französischen Sicherheitssystems. Die Franzosen fühlten sich von den Deutschen trotz des Versailler Vertrages langfristig bedroht und von den Amerikanern betrogen. Denn in Versailles hatte sich der französische Ministerpräsident Clemenceau, der »Tiger«, seine Forderung nach dem Rhein als französische Ostgrenze nur durch Wilsons Bündnisversprechen abhandeln lassen. Nun hatten die Franzosen weder das amerikanische Bündnis noch die Rheingrenze.

Diese Entscheidungen des amerikanischen Senats bildeten den Auftakt und die Grundlage für den vielzitierten Isolationismus der USA zwischen den beiden Weltkriegen: Die USA weigerten sich von 1919 bis 1941, präventive, dem Land die freie Hand nehmende Bündnisse zu schließen, kollektive Sanktionen im Rahmen des Völkerbundes zu stützen, geschweige denn militärisch in Europa oder Asien zu intervenieren. Dank der strategisch ungefährdeten Lage des Landes zwischen Atlantik und Pazifik konnten sich die USA weiter eine Politik der »freien Hand« leisten. Die USA fühlten sich bis in die zweite Hälfte der 30er Jahre weder aus Europa noch aus Asien bedroht; ihr Sicherheitsproblem war einfach: Im Norden ein schwaches Kanada, im Süden ein schwaches Mexiko, im Osten Fische und im Westen Fische.

Diese bündnispolitische und militärische Abwesenheit der USA hat Zeitgenossen und dann Historiker lange dazu verleitet, das wirkliche Gewicht der USA für das Schicksal Europas und Deutschlands nach 1919 zu unterschätzen. Denn der Einfluss der USA kam nicht aus den Gewehren, sondern resultierte aus der dominierenden Stellung des Landes in der Weltwirtschaft. Wer amerikanische Europapolitik dieser Zeit verstehen will, muss sein Augenmerk auf die Weltwirtschaft, auf Weltmärkte, Zahlungsbilanzen und Devisenbestände richten. Der militärische und bündnispolitische Isolationismus stand im krassen Gegensatz zum weltwirtschaftlichen Gewicht des Landes und zu der aktiven Außenwirtschaftspolitik, mit der die Amerikaner in Europa und Deutschland massiv anwesend waren.

Die USA waren durch den Ersten Weltkrieg zur führenden Wirtschafts- und Handelsmacht der Welt geworden und bauten diese Position in den zwanziger Jahren weiter aus. Sie vergrößerten ihren Vorsprung als führender Produzent, wurden zum größten Exporteur und zum größten Verbraucher von Rohstoffen. Der Anteil an der Weltproduktion industrieller Güter wuchs von 35,8% im Jahre 1913

USA 1920–1941, in: Otmar Franz (Hg.), *Am Wendepunkt der europäischen Geschichte*, Göttingen 1981, S. 200–217; ders., *Kampf um die Weltmacht: Die USA und das Dritte Reich 1933–1945*, Düsseldorf 1988.

auf 46 % im Durchschnitt der Jahre von 1925 bis 1929. Gemessen in Dollar, war das Nationaleinkommen der USA ebenso hoch wie das der nächsten 23 Nationen zusammen – Großbritannien, Deutschland, Frankreich, Japan und Kanada eingeschlossen. New York wurde neben London zum zweiten Finanzzentrum der Welt, das Weltwirtschaftssystem wurde bizentrisch, wenn nicht sogar amerikazentrisch. Der für den Welthandel und für das amerikanisch-europäische Verhältnis vielleicht folgenreichste Faktor war der abrupte Wechsel der USA von einer Schuldner- zu einer Gläubigernation. Durch die Exportüberschüsse der USA und die Kriegsanleihen war das Ausland, besonders England, Frankreich und Italien, im Jahre 1919 an die USA verschuldet, und diese Verschuldung wuchs dank der amerikanischen Außenhandelspolitik in den zwanziger Jahren weiter an. Die Folge war die oft beschriebene latente Dollarknappheit der zwanziger Jahre, die durch die lang- und kurzfristigen Kredite der USA im Grunde künstlich überbrückt wurde.

Oberstes Ziel der stark von »big business« und »big finance« beeinflussten republikanischen Administrationen der zwanziger Jahre war der Versuch, mit dieser wirtschaftlichen Position des Landes zugleich den offenen Weltmarkt für Exporte, Kredite und Rohstoffe im Rahmen einer stabilen, liberalen und kapitalistischen Weltfriedensordnung zu erhalten. Ein bezeichnender Grundsatz der Administration während der Präsidentschaft Hardings lautete: »Less government in business, more business in government.« Als geeignete Mittel galten eine Erneuerung des amerikanischen Handelsvertragssystems auf der Grundlage der unbedingten, multilateralen Meistbegünstigung, die Ermutigung amerikanischer Banken zur Kreditgewährung und Währungsstabilisierung, generell die Forderung nach rechtlicher Gleichbehandlung der USA auf den Auslandsmärkten, auch Politik der offenen Tür genannt.

Im Rahmen dieser Definition des nationalen Interesses der USA war der europäische Markt zu wichtig, um ihn allein den Europäern zu überlassen. Die USA wollten nicht zusehen, wie ein ungebremster französisch-deutscher Konflikt um die deutschen Reparationszahlungen Europa in ein wirtschaftliches Chaos stürzte. Spätestens der Einmarsch der Franzosen und Belgier in das Ruhrgebiet im Jahre 1923 machte den Amerikanern klar, dass wichtige Interessen der USA auf dem Spiel standen und die Europäer ohne die USA weder das Reparationsproblem lösen noch zur wirtschaftlichen Stabilität zurückfinden würden. Allerdings konnten die Amerikaner solange warten, bis der vermeintliche Sieger des Ruhrkampfes, der französische Ministerpräsident Poincaré, keine Wahl hatte, als eine Lösung zu weitgehend amerikanischen Bedingungen zu akzeptieren. Diese wurden nicht von der US-Regierung direkt, sondern durch von ihr vorgeschlagene Geschäftsleute und Bankiers wie Charles G. Dawes und Owen D. Young formuliert und durchgesetzt.

Diese nur informelle, gleichwohl effektive wirtschaftliche Einflussnahme hatte hochbrisante, über die Wirtschaft hinausgehende Auswirkungen. Das konkrete Ergebnis dieser amerikanischen Stabilisierungspolitik in Deutschland war der bekannte Dawes-Plan aus dem Jahre 1924, der das Reparationsproblem mit Hilfe einer großen amerikanischen Anleihe, das heißt durch amerikanische Kredite, für eine Übergangszeit löste. Damit ging, wie ein Zeitgenosse ironisch bemerkte, die Dollarsonne über Deutschland auf – eine wichtige Grundlage für die Stabilitätsphase der Republik bis 1929.

Der Dawes-Plan unterstellte Deutschland einerseits währungs- und finanzpolitisch ausländischer Kontrolle, andererseits sicherte er Deutschland vor stabilitätsgefährdenden Reparationszahlungen und zukünftigen militärischen Sanktionen Frankreichs. Die wirtschaftliche Sicherung durch den Dawes-Plan machte den politischen Sicherheitsvertrag von Locarno, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die Räumung des Rheinlandes erst möglich. Die wirtschaftliche amerikanische Intervention durch den Dawes-Plan war der Anfang vom Ende der politischen Vorherrschaft Frankreichs in Mitteleuropa nach dem Ersten Weltkrieg. Deutschland wurde mit amerikanischer Hilfe aus der hilflosen Objektrolle des Jahres 1919 befreit.

Wie nach 1945, als die Amerikaner unter den Deutschen in Konrad Adenauer eine politische Potenz für ihre Politik der Westintegration der Bundesrepublik fanden, so gab es in der mittleren Phase der Weimarer Republik einen Außenpolitiker von Format, ohne den diese außenpolitischen Erfolge mit Sicherheit nicht erreicht worden wären, Gustav Stresemann. Es ist das große Verdienst der Arbeit von Herrn Berg, zum ersten Male detailliert und quellengesättigt gezeigt zu haben, in welchem Maße der Weltmarkt, die in gegenseitiger Abhängigkeit verflochtene Weltwirtschaft und die überragende ökonomische Bedeutung der USA im Zentrum des Stresemann'schen Denkens standen, und zwar seit dem Beginn seiner politischen Karriere im Jahre 1907. Der promovierte Nationalökonom, Interessenvertreter der Wirtschaft und national-liberale Reichstagsabgeordnete erklärte schon 1910 im Reichstag »Politik und Völkerpolitik sind heute in erster Linie Weltwirtschaftspolitik«⁵. Von der wirtschaftlichen Kraft der USA konnte er sich im Herbst 1912 auf einer Amerikareise selbst überzeugen. Über den Ersten Weltkrieg und den Umbruch von 1918 hinaus blieben diese Einsichten zentrale Elemente seines außenpolitischen Koordinatensystems. Genau deshalb besaß Stresemann beim Amtsantritt 1923 eine Strategie, ein Konzept zur außenpolitischen Revision zum Nutzen Deutschlands, das auf weltwirtschaftliche Verflechtung und die überragende Bedeutung der USA setzte. Weil alle kapitalistischen Staaten in einem Boot saßen, so sein Kalkül, lag die wirtschaftliche Genesung Deutschlands im wohlverstandenen Interesse der Feinde von gestern, besonders im Interesse der USA, die ihre Außenpolitik in erster Linie als Weltwirtschaftspolitik definierten.

Diese ökonomische Rationalität würde sich aber, so Stresemann, nur durchsetzen, wenn Deutschland sich dem Prinzip des friedlichen Wandels verpflichtete, strikt an der multilateralen und kooperativen Methode festhielt, die Interessen *anderer Staaten* hinlänglich berücksichtigte, zum Beispiel die Sicherheitsinteressen Frankreichs, und innenpolitisch die nationalistische Rechte im Zaum hielt, der jeder Sinn für Maß und Möglichkeit fehlte.

Dieses Revisionskonzept konnte mit entscheidender Hilfe Stresemanns in dem dramatischen nationalen und internationalen Krisenmanagement der Jahre 1923 und 1924 durchgesetzt werden. Innenpolitischen Gegnern, die die deutschen Souveränitätsverluste beklagten, erklärte Stresemann: Je größer die wirtschaftlichen Interessen der USA in Deutschland, je mehr amerikanische Kredite nach Deutschland fließen, desto größer sei das Interesse der USA an einem friedlichen Wandel, dessen letztes

5 Berg, Stresemann, S. 19.

Ziel aus Stresemanns Sicht die Revision des Versailler Vertrages und die Wiederherstellung einer gleichberechtigten deutschen Großmachtposition in Europa war. Diese Strategie des Schuldners erläuterte Stresemann einmal in einer Rede von Dezember 1925 recht publikumswirksam:

»Aber das Entscheidende ist für mich ... die Stellung Deutschlands als Schuldner. Meine Herren, man kann sehr stark sein als Gläubiger, man kann aber auch stark sein als Schuldner, man muß nur genug Schulden haben, man muß soviel Schulden haben, daß der Gläubiger seine eigene Existenz mitgefährdet sieht, wenn der Schuldner zusammenbricht. Ich habe einmal einen Herrn in Dresden gekannt, einen Privatmann, der nahm eine hohe Stellung ein und war bis an den Hals verschuldet. Mir sagte jemand einmal: Das ist der gesündeste Mensch in Dresden, wenn der am Telephon hustet, schickt ihm schon jeder Gläubiger einen Spezialarzt, damit ihm nur nichts passiert.«⁶

Stresemanns Werk hat seinen Tod im Jahre 1929 nicht lange überdauert. Die Große Depression von 1929 bis 1933, die schwerste Weltwirtschaftskrise seit dem Beginn der Industriellen Revolution, zehrte die Substanz der deutsch-amerikanischen Beziehungen auf. Die Krise zerstörte mit dem offenen Weltmarkt auch die sachliche Grundlage der Zusammenarbeit. Der Rückzug des amerikanischen Kapitals, der Zusammenbruch des Weltwährungssystems im Sommer 1931, das Schrumpfen des Welthandels, der krisenverschärfende Protektionismus aller Staaten, schließlich das tatsächliche Ende des Problems der deutschen Reparationen und der Kriegsschulden der Alliierten vernichteten die Parallele der wirtschaftlichen Interessen. Der nationalsozialistische Versuch, eine rassistisch begründete Herrschaft über Europa zu errichten, führte dann Deutsche und Amerikaner zum zweiten Male in diesem Jahrhundert in einen Weltkrieg.

Wenn Stresemanns Werk auch nicht von Dauer war, so hat er doch ein Erbe hinterlassen. Wenn die vereinigten Deutschen ihre Sicherheit in kooperativen Strukturen und ihre Wohlfahrt im Rahmen einer möglichst offenen Weltwirtschaft bewahren wollen, empfiehlt es sich für sie, Stresemann erneut zu studieren.

6 Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP) 1918–1945, Serie B, Bd. I, 1, Göttingen 1966, S. 733.

